

Helmut Linssen:

12. 1. 1995

Modell Zukunft

Nordrhein-Westfalen
mit der CDU
auf dem Weg
ins 3. Jahrtausend

- WAHL PLATTFORM -



0001299875

1. Arbeitsplätze schaffen
2. Wirtschaft stärken
3. Bürokratie abbauen
4. Wohnungsbau ankurbeln
5. Verkehr modernisieren
6. Kriminalität bekämpfen
7. Bildung verbessern
8. Solidarität leben
9. Familie unterstützen
10. Frauen Chancen bieten
11. Werte erneuern
12. Umwelt erhalten



NRW
DIE NEUE KRAFT

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Freunde!

Nordrhein-Westfalen ist Heimat für 18 Millionen Menschen.

Unser Land ist damit nicht nur das bevölkerungsreichste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland, sondern bildet auch die industrielle Kernregion eines zusammenwachsenden Europas. Nordrhein-Westfalens Chancen und Möglichkeiten sind groß und vielfältig – doch man muß sie zu nutzen wissen. Die schleichende Talfahrt, die unser Land seit vielen Jahren erlebt, muß gestoppt und umgekehrt werden. Hierzu müssen wir uns vor allem den vielfältigen Problemen stellen, die die Bürger immer stärker bedrücken und unsere Wirtschaft bedrohen. Noch nie waren in Nordrhein-Westfalen so viele Menschen ohne Arbeit, die Kriminalitätsziffern so hoch und das Gewaltproblem an den Schulen so massiv wie in den letzten Jahren. Noch nie war auch der Wettbewerb zwischen den entwickelten Industrieländern so hart, die Entwicklungsgeschwindigkeit in Wissenschaft, Forschung und Technik so rasant, die Aufholjagd asiatischer Länder wie Südkorea, Singapur, Taiwan, Hongkong und auch von Indien so erfolgreich, und noch nie war der Kostendruck von Niedriglohnländern direkt vor unserer Haustür so groß wie jetzt.

Wenn wir in Nordrhein-Westfalen uns als Wirtschafts- und Lebensstandort im verschärften Zukunftswettbewerb behaupten wollen, dann müssen wir an der Spitze des gesellschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritts stehen. Wir müssen aber auch an der Spitze einer Rückbesinnung auf Werte wie Solidarität mit den Schwachen und Behinderten in unserer Gesellschaft, wie Menschlichkeit und Gemeinsinn, wie Toleranz und Achtung vor der Überzeugung und Persönlichkeit des anderen stehen. Dazu gehört auch die Erziehung zu Tugenden wie Fleiß, Zuverlässigkeit, Disziplin und Sorgfalt.

Die letzte Amtszeit der SPD-Landesregierung unter der Verantwortung von Rau wird nicht als Zeit der Erneuerung und der Antworten auf Herausforderungen unserer Zeit in die Geschichte eingehen, sondern wird als Zeit der Skandale, der Pleiten und Affären in Erinnerung bleiben. Stillstand statt Erneuerung war das Erkennungszeichen der SPD-Landesregierung. Doch nur wenn es Nordrhein-Westfalen gelingt, auf vielen Gebieten kreativ und innovationsfähig zu sein, können wir neue Arbeitsplätze schaffen und unsere sozialen und ökologischen Standards erhalten. Das verlangt von uns in Zeiten knapper Kassen neue Ideen, neue Problemlösungen, neue Produkte und neue Verfahren. Wir müssen in der Politik neue Wege gehen, denn wir brauchen in vielen Bereichen neue Impulse für mehr Kreativität und Innovation.

Wirtschaft und Wissenschaft, Gesellschaft und Politik müssen in der Lage sein, rasch, flexibel und erfolgreich den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen zu gestalten. Auf allen Feldern sind Spitzenleistungen gefordert. Es steht die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens auf dem Spiel! Es geht um die Herausforderungen unserer Zeit! Es geht für NRW um den Start ins 3. Jahrtausend! Nordrhein-Westfalen braucht eine Landesregierung, die kreativ und innovationsfähig ist! Nordrhein-Westfalen braucht einen Ministerpräsidenten, der führen will und vor allem auch führen kann!

Düsseldorf, im Frühjahr 1995



Helmut Linssen

Schwerpunktprogramm:

MODELL ZUKUNFT Nordrhein-Westfalen mit der CDU auf dem Weg ins 3. Jahrtausend

- 1. Arbeitsplätze schaffen**
- 2. Wirtschaft stärken**
- 3. Bürokratie abbauen**
- 4. Wohnungsbau ankurbeln**
- 5. Verkehr modernisieren**
- 6. Kriminalität bekämpfen**
- 7. Bildung verbessern**
- 8. Solidarität leben**
- 9. Familie unterstützen**
- 10. Frauen Chancen bieten**
- 11. Werte erneuern**
- 12. Umwelt erhalten**

1. Arbeitsplätze schaffen!

Das Problem:

Von allen westdeutschen Flächenländern hat Nordrhein-Westfalen mit derzeit über 750.000 Arbeitslosen nach dem kleinen Saarland die *höchste Arbeitslosenquote*. Aufgrund des verschleppten Strukturwandels hinken wir in Nordrhein-Westfalen seit Jahren nicht nur dem bundesweiten Wirtschaftswachstum hinterher, sondern wir liegen mit über 10 Prozent Arbeitslosigkeit auch weit über dem Durchschnitt der Arbeitslosenquote von etwa 8 Prozent in den westlichen Bundesländern. Das Ruhrgebiet erreicht mit 13 Prozent Arbeitslosigkeit Verhältnisse, die sonst nur in den neuen Bundesländern anzutreffen sind. Die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist zum Teil auf die weltweite konjunkturelle Rezession in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Eine größere Rolle spielen jedoch die strukturellen Defizite des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen: unbewältigter Strukturwandel, zu hohe Kosten auf allen Ebenen, ein sich verschärfender internationaler Wettbewerb, vielfältige Verkrustungen, Innovationshemmnisse und Infrastrukturmängel. Hinzu kommt: Aus eigenen Mitteln gibt das Land derzeit weniger als 1 Prozent des Gesamthaushalts für aktive Arbeitsmarktpolitik aus.

Unsere Lösung:

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist die zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderung der nordrhein-westfälischen Landespolitik! Neue, moderne und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen nur in einer florierenden Wirtschaft. Wir werden daher konsequent Hemmnisse aus dem Weg räumen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit in Nordrhein-Westfalen endlich wieder die benötigten Arbeitsplätze entstehen können. Im Zusammenwirken von Wirtschaft, Verwaltung und Politik kann es gelingen, bis zum Jahr 2000 *mindestens 300.000 neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen* zu schaffen. Hierfür brauchen wir eine Existenzgründungs-, Technologie-, Export-, Dienstleistungs- und Teilzeitarbeit-Offensive, die von einer aktiven Arbeitsmarktpolitik begleitet wird.

- Existenzgründungs-Offensive.

Die CDU will sich mit einem Existenzgründungsprogramm an junge Menschen richten, die mit ihren Firmenneugründungen den Durchbruch für neue Technologien und neue Produkte und damit krisensichere Arbeitsplätze schaffen. Das Existenzgründungsprogramm soll daher besonders auf technologieorientierte Unternehmensgründungen abgestellt sein und durch eine verbesserte Beratung und Zusammenarbeit mit Institutionen der Wirtschaft und den Hochschulen eine systematische Existenzgründungsberatung einführen. Junge Wissenschaftler sollen nachdrücklich ermutigt werden, mit finanzieller Unterstützung des Landes eine selbständige Existenz außerhalb der Hochschule zu gründen. Mit den heimischen Banken muß geprüft werden, wie jungen Unternehmen, die

erfahrungsgemäß besonders innovativ sind, eine bessere Risikokapitalausstattung zur Verfügung gestellt werden kann.

- Technologie-Offensive.

Wenn der Staat mit einer aktiven Standortpolitik und mit einer Technologie- und Innovationsoffensive dafür sorgt, daß wir den Rückstand bei den Spitzentechnologien aufholen, dann können im Technologiebereich in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen Zehntausende neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Export-Offensive.

Die nordrhein-westfälische Exportwirtschaft ist zu mehr als 50 % auf den europäischen Wirtschaftsraum konzentriert. Nur wenige Prozent unserer Exporte gehen in die wachstumsstarken Länder Nordamerikas, Lateinamerikas und Südostasiens. Es muß uns aber gelingen, unsere Exportposition auf den amerikanischen und asiatischen Märkten zu festigen. Hierzu muß das Land Service- und Beratungsleistungen für mittelständische Betriebe bereitstellen und auch mit gemeinsamen Außenvertretungen die Interessen unserer Betriebe dort vertreten.

- Dienstleistungs-Offensive.

Auch im Bereich der Dienstleistungen weist Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Rückstand auf. In den USA arbeiten über 60 % aller Erwerbstätigen im privaten Dienstleistungsgewerbe. Wir liegen in Nordrhein-Westfalen bei 50 %. Der Dienstleistungsbereich bietet daher große Expansionsreserven, die es konsequent zu nutzen gilt.

- Teilzeitarbeit-Offensive.

Eine Untersuchung hat ergeben, daß in Nordrhein-Westfalen nur 10 % der rund 5,8 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Teilzeit arbeiten. Damit liegt Nordrhein-Westfalen unter der Teilzeitquote von 15,5 % in ganz Deutschland und weit hinter den Niederlanden zurück, die eine Teilzeitquote von 34,3 % haben. Sollte es uns gelingen, den Anteil der Teilzeitarbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu verdoppeln, könnten Hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

- Aktive Arbeitsmarktpolitik.

Der harte Kern der Arbeitslosigkeit ist die Langzeitarbeitslosigkeit. 35 Prozent aller Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen sind ein Jahr und länger arbeitslos. Nordrhein-Westfalen braucht deshalb neue Initiativen zur wirkungsvolleren und schnelleren Bekämpfung der

Langzeitarbeitslosigkeit. Die CDU wird deshalb ein „Sonderprogramm zur Integration Langzeitarbeitsloser“ unter Ausnutzung der von der CDU-geführten Bundesregierung geschaffenen Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes auflegen (§ 242s AFG). Gleichzeitig werden wir uneigennützige Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften fördern, die Langzeitarbeitslose und andere schwer vermittelbare Arbeitnehmer mit dem Ziel verleihen, Langzeitarbeitslose in ein Dauerarbeitsverhältnis beim Entleiher zu vermitteln. Die Beteiligung des Landes an der Bundesinitiative START, die nach niederländischem Vorbild über eine gemeinnützige Zeitarbeits-Gesellschaft schwervermittelbare Arbeitslose in dauerhafte Arbeitsverhältnisse in der Wirtschaft zu bringen sucht, ist ein erster, wenn auch später Anfang. Damit auch Sozialhilfeempfänger wieder den Einstieg in die Arbeit schaffen, müssen neue Wege der „Hilfe zur Selbsthilfe“ gegangen werden. Die CDU wird in Zusammenarbeit mit den Kommunen Beschäftigungsketten für Sozialhilfeempfänger

aufbauen, die von gemeinnütziger Arbeit über Fortbildung und Qualifizierung bis hin zu Begleitung und Überführung in den ersten Arbeitsmarkt reichen. Das Land muß auch bei der Beschäftigung Schwerbehinderter endlich zu einem Vorbild für die private Wirtschaft werden.

– **Schwarzarbeit energisch bekämpfen.**

Insbesondere das Handwerk leidet unter der massenhaften Schwarzarbeit, die die Entstehung Zigtausender Arbeitsplätze verhindert. Die Schwarzarbeit muß durch die gezielte Zusammenarbeit von Steuer-, Finanz-, Ordnungs- und Polizeibehörden energisch bekämpft werden. Illegal arbeitende Ausländer sind unverzüglich auszuweisen und mit einem Einreiseverbot zu belegen. Gleichzeitig muß durch Senkung der Lohnnebenkosten die Arbeitsstunde verbilligt werden, um Handwerkerleistungen für den Bürger bezahlbar zu machen.

2. Wirtschaft stärken!

Das Problem:

Hätte sich die nordrhein-westfälische Wirtschaft in den 80er Jahren allein so entwickelt wie im Bundesdurchschnitt, so wären jedes Jahr fast 40 Milliarden DM mehr erwirtschaftet worden, so wären mehr als 500.000 Arbeitsplätze zusätzlich entstanden. Bürokratie, technikfeindliche Politik, unzureichende Verkehrs- und Entsorgungsinfrastruktur, die horrende Landesverschuldung sowie der Erhalt überholter Industriestrukturen durch Subventionen und die Vernachlässigung des Mittelstandes haben dazu geführt, daß Nordrhein-Westfalen im internationalen Wettbewerb keine optimalen Bedingungen bietet. Nordrhein-westfälische Unternehmen haben ihre bio- und gentechnischen Forschungs- und Produktionskapazitäten ins Ausland verlegt. Während es in den USA 300 und in Japan 130 kleine und mittlere gentechnische Betriebe gibt, existieren in Deutschland nur sechs, davon kein einziges in Nordrhein-Westfalen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Selbständigenlücke von 23.000 kleinen und mittleren Betrieben, die allein 180.000 Menschen zusätzlich beschäftigen könnten. Im Bundesvergleich schneidet Nordrhein-Westfalen beschämend schlecht ab, denn nur im Stadtstaat Bremen, in Rheinland-Pfalz und in Mecklenburg-Vorpommern gibt es pro 1000 Einwohner noch weniger Handwerksbetriebe als in NRW. Nach dem Saarland haben wir in Nordrhein-Westfalen die höchsten Gewerbesteuersätze. Angesichts von 340.000 verlorenen Arbeitsplätzen in der nordrhein-westfälischen Industrie in den letzten drei Jahren spricht selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund von einem Prozeß der Entindustrialisierung, der mittlerweile den Standort Nordrhein-Westfalen ernsthaft gefährdet.

Unsere Lösung:

– **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes.**

Die CDU konzentriert die Wirtschaftsförderung konsequent auf kleine und mittlere Unternehmen, die durch ihre Flexibilität und Innovationskraft das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Bei Regierungsübernahme nach den Landtagswahlen im Mai 1995 beendet die CDU die Benachteiligung einzelner Branchen und Regionen in Nordrhein-Westfalen. Der verstärkte Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur – hierzu gehören insbesondere die Errichtung von Güterverkehrs- und Güterverteilzentren, die Schaffung der dringend benötigten Ost-West-Verbindungen sowie der Ausbau der Entsorgungsinfrastruktur – hat hierbei absolute Priorität vor der Unterstützung einzelner Unternehmen. Hierdurch wird mehr Gerechtigkeit in der Wirtschaftsförderung geschaffen, was insbesondere dem Mittelstand zugute kommt.

– **Innovation und Modernisierung fördern.**

Die CDU setzt konsequent auf innovative und zukunftssträchtige Investitionen zur Schaffung von neuen und zur Sicherung von bestehenden Arbeitsplätzen. Hierzu werden wir die Effizienz der wirtschaftsnahen Forschung und des Technologietransfers steigern. Durch eine umfassende Kooperationsoffensive von Wissenschaft und Wirtschaft – in deren Rahmen die CDU ein Sonderprogramm in Höhe von 1 Milliarde DM auflegen wird – wird unser wichtigster „Rohstoff Geist“

in der nächsten Legislaturperiode endlich wieder an oberster Stelle der Prioritätenliste in Nordrhein-Westfalen stehen.

- **Qualifikationsvorsprung unserer Arbeitnehmer erhalten.**

Die CDU sorgt mit ihrer Initiative „Verbesserung der beruflichen Ausbildung“ dafür, daß der Qualifikationsvorsprung der „Arbeitnehmer“ auch zukünftig erhalten bleibt und die nachlassende Attraktivität der beruflichen Ausbildung wieder gesteigert wird. Sowohl die faire Zugangsmöglichkeit für besonders qualifizierte Absolventen einer beruflichen Ausbildung zu einem Hochschulstudium als auch die Forderung nach einer Gleichbehandlung von Studenten und beispielsweise Meisterschülern durch eine Neuregelung der staatlichen Ausbildungsförderung sind Initiativen der nordrhein-westfälischen CDU.

- **Keine neuen Belastungen für die Wirtschaft.**

Mit einer CDU-Regierung gibt es keine zusätzlichen Belastungen für unsere Unternehmen. Neue, für notwendig gehaltene landespolitische Maßnahmen – egal in welchem Bereich – müssen so kompensiert werden, daß sich die Gesamtbelastung der Unternehmen nicht erhöht! Die CDU Nordrhein-Westfalen hält auch an ihrem Ziel fest, die Abgaben und Steuerbelastung für unsere Betriebe zu senken.

- **Landesfinanzen konsolidieren.**

Ende des Jahres 1995 wird die Gesamtverschuldung des Landes rund 130 Milliarden DM betragen. Hierfür werden im Jahr 1995 8,3 Milliarden DM an Zinsen fällig; das bedeutet tägliche Zinsen in Höhe von 23 Millionen DM! Diese Zinslasten strangulieren die Gestaltungsspielräume der Landespolitik. Lag 1978, zu Beginn der Ära Rau, die Investitionsquote des Landes noch bei 22 Prozent, so ist sie auf mittlerweile 11 Prozent heruntergewirtschaftet. Um Handlungsspielräume für die Zukunftsaufgaben zurückzugewinnen, ist es zwingend notwendig, mittelfristig die Neuverschuldung zu senken. Das Land muß zu einer sparsamen Haushaltsführung zurückfinden und die Personalausgaben senken, die bereits über 50 Prozent der Steuereinnahmen aufbrauchen. Mit sparsamer Haushaltsführung, einer Mittelkonzentration auf Prioritäten und einer Verbesserung der Steuereinnahmen durch besseres Wirtschaftswachstum – ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum bringt ein Mehr an Steuereinnahmen von rund 600 Millionen DM jährlich! –, muß die öffentliche Finanzwirtschaft in Nordrhein-Westfalen wieder geordnet und damit wieder auf eine seriöse Grundlage gestellt werden.

- **Energiepreise wettbewerbsfähig gestalten.**

Eine umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung spielt bei der Beurteilung der Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes eine entscheidende Rolle. Eine Strompreiserhöhung um lediglich 1 Prozent würde derzeit eine Kostenlawine von insgesamt 1,6 Milliarden DM für die deutsche Wirtschaft auslösen. Des-

halb erteilt die CDU einseitigen Kostenbelastungen, wie sie von der SPD und den Grünen geplant sind, eine eindeutige Absage. Der bestehende Energiemix – aus Braun- und Steinkohle, Erdgas, Erdöl, Kernenergie und regenerativen Energien – ist im Verbund mit einer rationalen Energieverwendung und verstärktem Energiesparen derzeit der optimale Kompromiß zwischen den ökologisch notwendigen und den ökonomisch vertretbaren Anforderungen an eine moderne, umweltverträgliche, sichere und kostengünstige Energiepolitik. Ein neuer Energiekonsens ist insbesondere auch für das Energieland NRW unverzichtbar, um in der Kohlepolitik die Unterstützung der anderen Bundesländer zu erhalten und damit Strukturbrüche in NRW zu vermeiden.

- **Agrarstandort NRW sichern.**

Die Hälfte aller Einwohner Nordrhein-Westfalens lebt und arbeitet im ländlichen Raum. Die nordrhein-westfälische Landwirtschaft ist Kern eines enormen vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichs. Wir haben in NRW über 70.000 landwirtschaftliche Betriebe mit vorgelagerten Bereichen wie Landmaschinenindustrie, Handel, Genossenschaften und agrargewerblicher Wirtschaft. Diese Strukturen gilt es zu sichern und in ihrer Entwicklung nicht zu behindern. Wettbewerbsnachteile der nordrhein-westfälischen Agrarwirtschaft gegenüber anderen Bundesländern und angrenzenden EU-Staaten müssen durch eine vorausschauende wirkungsvolle Landespolitik abgebaut werden. Dazu ist eine auf die Zukunft ausgerichtete, nach Regionen differenzierte Politik für den ländlichen Raum unerlässlich.

- **Weiche Standortfaktoren wie das Kultur-, Freizeit- und Sport-Angebot ausbauen.**

In einer Freizeit- und Informationsgesellschaft spielen weiche Standortfaktoren wie das Kulturangebot und das kulturelle Klima einer Stadt oder Region für Standort-Entscheidungen von Unternehmen eine zunehmende Rolle. Bei jungen Menschen rangieren Computer, Film und Sport an erster Stelle der Interessensgebiete. Über 5 Millionen Menschen in NRW treiben Sport, dabei gewinnt die Gruppe der Frauen und Senioren zunehmend an Bedeutung. Neben der geistigen haben Kultur und Sport eine wirtschaftliche Dynamik entfaltet, die viele andere Sektoren in den Schatten stellt. Medien mit eingerechnet, kommen Sport- und Kulturbereich in NRW (Sportveranstaltungen, Buchmarkt, Musikwirtschaft, Film- und Fernsehwirtschaft, Kunstmarkt, Unterhaltungselektronik, Publizisten, Architekten, Designer usw.) auf einen jährlichen Umsatz von landesweit fast 100 Milliarden Mark und nehmen damit im Wirtschaftsleben unseres Landes einen vorrangigen Platz ein. Das wirtschaftliche Potential und die Dynamik des Kultursektors muß durch gezielte Angebote der beruflichen Aus- und Weiterbildung in diesem Bereich gestärkt werden. Die Selbständigkeit von Künstlern und Publizisten, freien Gruppen, Designern oder Modemachern kann ebenfalls mit einem Risikokapitalfonds für kulturelle Projekte und Investitionsvorhaben erleichtert werden. Die Kultur- und Sportstätten-Infrastruktur Nordrhein-Westfalens muß regional ausgeglichen und entsprechend gefördert werden, um im Standortwettbewerb der europäischen Regionen bestehen zu können.

3. Bürokratie abbauen!

Das Problem:

Der SPD-Finanzminister gibt zu, daß man in den vergangenen Jahren die Bürokratie habe wuchern lassen und Personalwünschen zu sehr nachgegeben habe. Allein die Ministerialverwaltung beschäftigt derzeit mehr als 4.600 Mitarbeiter in 12 Ministerien. Seit 1966 hat sich die Zahl der Mitarbeiter im höheren Dienst der Ministerialverwaltung verdoppelt. Folge: 51 Prozent der Steuereinnahmen müssen in NRW für Personalkosten ausgegeben werden. Genehmigungsverfahren für den Bau einer größeren chemischen Anlage dauern in Nordrhein-Westfalen bis zu 72 Monate, im Nachbarland Belgien liegt die Genehmigung nach nur 13 Monaten vor. Folge: Unternehmen investieren im Ausland. Schleppende Genehmigungsverfahren, eine oft bürgerferne und unternehmensunfreundliche Verwaltung und knappe Kassen zwingen dazu, die Verwaltungsaufgaben und den Verwaltungsapparat des Landes zu überprüfen und neu zu ordnen.

Unsere Lösung:

Ziel muß sein, Reserven auszuschöpfen, dem einzelnen mehr Verantwortung zu geben und die erforderlichen Dienstleistungen flexibel, einfach und bürgerfreundlich zu organisieren. Dazu müssen entbehrliche Verwaltungstätigkeiten gestrichen werden, Verfahrensregelungen und -abläufe gestrafft sowie weiter vereinfacht werden. Viele vom Staat bisher erfüllte Aufgaben können auch von Privatunternehmen übernommen werden. Das Land muß kommunalisieren, deregulieren und privatwirtschaftlichen Initiativen mehr Raum geben. Das heißt im einzelnen:

– Die Verwaltung abspecken.

Die CDU wird abgespeckte, effiziente und bürgernahe Verwaltungsabläufe schaffen, bürokratische Erschwernisse beseitigen und ein modernes Verwaltungsmanagement sowie ein effizientes Controlling-System einführen. Dies erfordert nicht zuletzt gravierende Änderungen des antiquierten Haushaltsrechts.

– Die Verwaltungsstruktur verbessern.

Ministerien, Regierungspräsidien, Landschaftsverbände, Sonderbehörden und kommunale Behörden müssen sich einer stärkeren Aufgabenkritik unterziehen, an deren Ende neue Aufgabenzuschnitte, weniger Behörden, weniger Hierarchie-Ebenen und ein für den Bürger verständlicher Behördenaufbau stehen, wobei als Ergebnis mindestens eine Verwaltungsebene eingespart wird. Fest steht auch: die Landesministerien müssen verringert und schlanker werden. Und auch das Landesparlament sollte verkleinert werden.

– Die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verbessern.

Das verkrustete öffentliche Dienstrecht muß reformiert werden. Das im wesentlichen dienstalterbezogene Besoldungs- und Beförderungssystem muß durch leistungsbezogene Elemente angereichert und teilweise ersetzt werden. Eine bessere und moderne EDV-Ausstattung sowie die stärkere Leistungsorientierung führen zu höherer Motivation und damit zu größerer Leistungskraft der öffentlichen Verwaltung.

– Die Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen.

Mittel dazu sind vor allem: Antragskonferenz, Berücksichtigung anerkannter privater Sachverständiger, Einführung von Typgenehmigungen oder allgemeinen Begutachtungen, Sternverfahren, Fristsetzung für die Stellungnahmen der beteiligten Behörden, Begrenzung der fachlichen Stellungnahmen und Abwicklung mit den Methoden modernen Projektmanagements.

– Öffentliche Aufgaben von Privaten erledigen lassen.

In der Privatwirtschaft gilt der Grundsatz: Mach nur das selbst, was du besser kannst als die anderen, alles andere kaufe. Diese Abwägung muß auch für den öffentlichen Dienst gelten. Selbstverständlich muß der Staat auch weiterhin seine Kernaufgaben wie Polizei, Justiz und Finanzverwaltung selbst wahrnehmen. Jedoch können Aufgaben wie beispielsweise der Bau öffentlicher Gebäude ganz privatisiert werden. Der Staat sollte sich grundsätzlich von Aufgaben entlasten, sich auf klare Zielvorgaben konzentrieren und das Erreichen dieser Ziele kontrollieren, mehr nicht. Aber auch nicht weniger. Zur Privatisierung gehört auch, daß sich das Land von Beteiligungen trennt. Mit dem Veräußerungserlös sollen dringend benötigte Investitionen finanziert werden, die ihrerseits zur Stärkung der Finanzkraft des Landes beitragen.

– Kommunen mehr Verantwortung geben.

Politik auf der kommunalen Ebene muß zu schnellen und sachgerechten Problemlösungen führen, sie muß effizient und vor allem praxis- und bürgernah betrieben werden. Die von der CDU durchgesetzte Abschaffung der Doppelspitze ist dafür ein erstes Zeichen. Die CDU wird die konsequente Direktwahl des Bürgermeisters verwirklichen. Die kommunalen Rechte und die kommunalen Entscheidungsspielräume müssen weiter gestärkt werden. Planungszuständigkeiten sind auf die Kommunen zurückzuverlagern. Die Gängelung der Kommunen durch Zweckzuweisungen der Landesregierung ist zu beenden. Zu den übertragenen Aufgaben gehört die entsprechende Finanzausstattung und eine Verstärkung der Schlüsselzuweisungen.

4. Wohnungsbau ankurbeln!

Das Problem:

In Nordrhein-Westfalen fehlen bis zu 400.000 Wohnungen. Jährlich müßten mindestens 100.000 Wohnungen errichtet werden. Eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot ist der SPD-Landesregierung in der zurückliegenden Legislaturperiode nicht gelungen. Besonders junge Familien, Berufsstarter und junge Singles, die sich eine Existenz erst aufbauen müssen, finden nur schwer eine bezahlbare Wohnung. Die Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen ist ein Fiasko: Mißt man den Erfolg der Landesregierung an der Anzahl neu gebauter Wohnungen pro Einwohner, so ist Nordrhein-Westfalen mit 4,4 neuen Wohnungen pro 1.000 Einwohner das Schlußlicht der Flächenländer der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Eigentumsquote Nordrhein-Westfalens ist die schlechteste aller westlichen Flächenländer. Selbst einige neue Bundesländer haben eine bessere Eigentumsquote als Nordrhein-Westfalen.

Unsere Lösung:

– **Intelligenterer Verwendung der vorhandenen Mittel.**

Förderung von 50.000 anstelle von nur 30.000 Wohnungen pro Jahr im sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen bei gleichem Mitteleinsatz.

Dies wird durch eine Veränderung der Förderungsbestimmungen erreicht:

- Einführung der vereinbarten Förderung mit investitionsfreundlichen und flexiblen Förderbestimmungen sowie Umsetzung der einkommensorientierten Förderung im sozialen Wohnungsbau;
- Vereinfachung und Verstetigung der Förderungsbestimmungen und Modernisierungsrichtlinien;
- Einsatz von 50 Prozent der vorhandenen Mittel für Eigentumsmaßnahmen;
- Verringerung der staatlichen Prüfung auf das unbedingt notwendige Maß und Entrümpelung der Standards im sozialen Wohnungsbau.

– **Sonderbauprogramme für junge Familien.**

Durch die Veräußerung von WestLB-Anteilen und landeseigenen Wohnungen werden Sonderbauprogramme finanziert. Diese Programme dienen in erster Linie

der Eigentumsbildung und Baulandbeschaffung für junge Familien. Durch diese Programme können zusätzlich einmalig 30.000 bis 40.000 neue Wohnungen gefördert werden.

– **Bauland bereitstellen.**

Bauland ist in den Ballungsräumen knapp und teuer geworden. Deshalb muß das Land Nordrhein-Westfalen in den Ballungsräumen eine Baulandoffensive starten. Schritte hierzu sind:

- Konsequente Umsetzung des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes des Bundes.
- Die Landes- und Regionalplanung muß den Kommunen Spielraum lassen, um notwendige Baulandflächen ausweisen zu können.
- Finanzschwache Kommunen bekommen Darlehen zur Baulandbeschaffung und Baulanderschließung.

– **Investition in das Eigentum gewährleisten.**

Über die bisherigen Finanzierungsinstrumente hinaus müssen neue Wege der Finanzierung gefunden werden, um zu Eigentum zu kommen. Denkbar sind eine Vorfinanzierung in zinsgünstiger Darlehensform, Bürgschaftsmodelle, eine pauschale Eigentumsförderung pro Familie, Privatisierung aus dem Bestand durch Genossenschaftsbildung, Bildung von Wohnfonds oder Teileigentum.

– **Die Bauordnung entschlacken, billiger bauen.**

Das Bauen in Nordrhein-Westfalen muß schneller, einfacher und billiger werden. Hierzu muß die Bauordnung entsprechend novelliert werden. Darüber hinaus werden von uns Initiativen zum preiswerten Bauen angestoßen oder unterstützt.

– **Bauen für alte und behinderte Menschen.**

Wir wollen die Wohnqualität für Senioren fördern durch eine Ausdehnung der Förderquote für Altenwohnungen und -wohnheime. Dies ist durch eine Umstellung der Wohnungsbauprogramme zu erreichen. Auch muß ein alten- und behindertengerechter Wohnungsbau bereits im Bauplanungsrecht berücksichtigt werden.

5. Verkehr modernisieren!

Das Problem:

Nordrhein-Westfalen ist das größte wirtschaftliche Ballungsgebiet und Verkehrsdrehkreuz in Europa. Jedoch ist das Verkehrssystem in Nordrhein-Westfalen weder leistungsfähig noch umweltfreundlich. Nordrhein-Westfalen ist das Stauland. Hier gibt es die meisten und die längsten Staus. Nicht nur auf der Straße, sondern auch auf den Flughäfen. Nordrhein-Westfalen ist das Land der vollen und alten Eisenbahnen. Moderne Bahnen fehlen in Nordrhein-Westfalen völlig (ICE, Transrapid, moderne S-Bahn-Wagen, Stadtbahnwagen). Über Jahre hinweg ist von der SPD ein leistungsgerechter Umbau des Verkehrssystems verhindert worden. So fehlen wichtige Lückenschlüsse im Landes- und Bundesstraßenbau. Die Stadtstraßen wurden oft unvernünftig zurückgebaut und das Verkehrschaos damit vergrößert. Moderne Verkehrstechnologien fehlen in Nordrhein-Westfalen völlig. Das bestehende Verkehrssystem produziert Staus, Umweltverschmutzung, schränkt die Bewegungsfreiheit ein, hindert den wirtschaftlichen Aufschwung und produziert enorme Kosten.

Unsere Lösung:

Verkehr ist eine ökologische und wirtschaftspolitische Herausforderung. Verkehrssysteme müssen so gestaltet werden, daß sie aufeinander abgestimmt sind, den menschlichen Bedürfnissen nach Bewegungsfreiheit optimal Rechnung tragen und gleichzeitig durch modernste Verkehrstechnologien Umweltbelastungen reduzieren. Energiesparende Antriebsaggregate einer neuen Autogeneration, intelligente Verkehrsleitsysteme als Staukiller, moderne Park-and-Ride-Zentren sowie ein maßgerechter stärkerer Einsatz moderner öffentlicher Verkehrsmittel können den drohenden Verkehrsinfarkt und damit zusammenhängende Umweltprobleme erheblich verringern.

- Verkehr als ökologische Herausforderung.

Verkehrspolitik muß Akzente zum Schutz der Umwelt setzen. Neben einer Förderung des ÖPNV gehört hierzu auch die Einführung moderner Verkehrsleitsysteme und eine Förderung von verbrauchsarmen/schadstoffarmen Fahrzeugen. Die Kfz-Steuer soll von einer Hubraumsteuer auf eine Verbrauchs-/Emissionssteuer umgestellt werden. Die Verteufelung des Autos, das zur Mobilität unserer Gesellschaft und zur Steuerkraft unseres Landes wesentlich beiträgt (jede vierte Steuermark wird durch Produktion, Verkauf und Unterhalt von Autos aufgebracht), ist kein Weg zur Problemlösung. Was wir brauchen, sind umweltschonende, technische Innovationen, die Entwicklung des abgas- und verbrauchsarmen Autos und wegweisender Verkehrssysteme der Zukunft.

- Auf zukunftsweisende Verkehrstechnologien setzen.

Dringend notwendig sind die Errichtung von Verkehrsleitsystemen in den Kommunen, die Errichtung von

Güterverkehrszentren sowie die Umsetzung von Güternahverkehrssystemen und -konzepten, Investitionen in Häfen, moderne Park-and-Ride-Zentren am Rande der Ballungsräume sowie ein Einstieg in die Förderung der Telematik (Datenautobahn) zur Vermeidung und besseren Lenkung von Verkehr.

- Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen.

Um den ÖPNV genauso ausbauen zu können wie das Straßennetz, brauchen wir ein Nahverkehrsgesetz Nordrhein-Westfalen. Das vorgelegte Regionalisierungsgesetz reicht nicht aus, da finanzielle Zusagen des Landes zum Ausbau des Nahverkehrs weitgehend fehlen. Grundsätzlich sollen in Zukunft Eigentum und Betriebsführung beim Nahverkehr mehr in private Hände übergehen.

- Neue Bahnverbindungen schaffen.

Nordrhein-Westfalen braucht dringend neue Bahnstrecken. Die ICE-Neubaustrecken Köln-Frankfurt und Paris-Köln müssen schneller realisiert werden. Wir wollen auch eine Transrapid-Anbindung von Köln/Bonn über das Ruhrgebiet hinaus nach Hamburg.

- Binnenschifffahrt intensivieren.

Die Binnenschifffahrt muß als ökologischer Verkehrsträger ausgebaut werden. Dazu brauchen wir den weiteren Ausbau des bestehenden nordrhein-westfälischen Kanalnetzes wie auch der Häfen.

- Luftverkehr in übergreifendes Verkehrskonzept einbinden.

NRW als das größte wirtschaftliche Ballungsgebiet Europas ist auf eine Deckung des Luftverkehrsbedarfs angewiesen. Im Rahmen eines übergreifenden Verkehrskonzeptes müssen die Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn schnellstmöglich miteinander kooperieren, damit Engpässe am Boden abgestellt werden können. Die Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn und Münster/Osnabrück müssen auch Anschluß an moderne Bahnverkehre (IC, ICE) bekommen.

- Verkehrspolitik besser koordinieren.

Die Verkehrspolitik in den Städten muß ganzheitlich geplant, alle Verkehrsträger müssen miteinander koordiniert werden. Die CDU setzt sich für mehr Ortsumgehungen ein, da viele nordrhein-westfälische Gemeinden nach wie vor unter starkem Durchgangsverkehr leiden. Das bedeutet mehr Unfälle, mehr Staus und mehr Lärm – also auch weniger Lebensqualität für die Bewohner.

- **Autobahnnetz ergänzen.**

Im nordrhein-westfälischen Autobahnnetz sind wichtige Lückenschlüsse über Jahre hinweg von der SPD verhindert worden. Wir wollen an den belasteten Autobahnen einen generellen sechsstreifigen Ausbau, und wir wollen die Lückenschließung der A1 durch einen durchgehenden sechsstreifigen Ausbau der A1 von Osnabrück bis zum Kamener Kreuz, Lückenschluß Blankenheim-Trier; den Lückenschluß der A4 zwischen Olpe und Bad Hersfeld; Fertigstellung der A33 zwischen Osnabrück und Bielefeld; den sechsstreifigen Ausbau der A40 von Duisburg bis Dortmund mit Tunnellage in Dortmund; die Rheinquerung der A44 bei Illich, Realisierung der A44 im südlichen Ruhrgebiet, Führung der A44 durch einen Tunnel südlich Dortmund von Bochum bis Autobahnkreuz Unna und den sechsstreifigen Ausbau der A44 von Dortmund bis Kassel; den Ausbau der A46 bis Olsberg und weitergehend Realisierung der B480 bis zum Autobahnkreuz Wün-

enberg sowie Weiterführung der A46 von Hückelhoven zur niederländischen Grenze; Lückenschluß der A52 von Roermond bis Schwalmatal, Essen Nord-Süd-Verbindung (Tunnel). Die Arbeiten auf den Autobahnbaustellen unseres Landes müssen zügiger und schneller durchgeführt werden.

- **Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr.**

Es muß zentrale Aufgabe der Landesverkehrspolitik sein, für mehr Sicherheit im Straßenverkehr zu sorgen! Die CDU wird daher eine Initiative zur besseren Verkehrsschulung an Kindergärten, in Schulen, Fahrschulen und den Medien starten. Hierzu wollen wir zusätzlich Mittel bereitstellen. Auch dient eine zielorientierte Verkehrsüberwachung der besseren Verkehrssicherheit. Die Promillegrenze muß auf 0,5 Promille gesenkt und auch der Drogenmißbrauch bei der Führung eines Fahrzeuges muß in Zukunft erfaßt werden.

6. Kriminalität bekämpfen!

Das Problem:

In Nordrhein-Westfalen wurden 1993 fast 1,4 Millionen Straftaten registriert – das sind 160 Straftaten pro Stunde. Wohnungseinbrüche, Kfz-Diebstähle und Ladendiebstähle, Straßenraub und Vandalismus, Gewaltkriminalität und Extremismus beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl unserer Bürger nachhaltig. Die Angst, Opfer einer Straftat zu werden, nimmt zu und ist zu einer Hauptsorge vieler Menschen geworden.

Unsere Lösung:

Die Gewährleistung von Freiheit und Sicherheit der friedlichen und rechtstreuem Bürger ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Der Schutz der Bürger vor Kriminalität, der in erster Linie Ländersache ist, muß daher absoluten Vorrang genießen. Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- **Polizei stärken.**

Die Polizei muß verstärkt und modernisiert werden. Nordrhein-Westfalen hat die geringste Polizeidichte aller Bundesländer, es fehlen 7.000 bis 8.000 Polizisten. Dieser Fehlbestand muß in den nächsten Jahren ausgeglichen werden. Außerdem muß die Polizei endlich flächendeckend mit moderner Büro- und Kommunikationstechnik ausgerüstet werden.

- **Freiwillige Sicherheitswacht einführen.**

Die Sicherheitspartnerschaft zwischen Bürger und Polizei muß durch ehrenamtliche Mitarbeit gestärkt werden. Durch die Bildung einer „Freiwilligen Sicher-

heitswacht“ nach dem Vorbild der Freiwilligen Feuerwehr soll den Bürgern die Möglichkeit eröffnet werden, sich ehrenamtlich an der Sicherung ihres Wohnumfeldes zu beteiligen. Unter Anleitung und Aufsicht der Polizei wird die Freiwillige Sicherheitswacht vor allem für Patrouillengänge, Verkehrslenkungsmaßnahmen und Objektschutzaufgaben eingesetzt werden.

- **Alltägliche Kriminalität nicht verharmlosen.**

Die Alltagskriminalität darf nicht weiter verharmlost und bagatellisiert, sondern muß entschieden bekämpft werden. Die Landesregierung hat mit dem „Eierdieberlaß“, nach dem Straftaten mit einer Schadenssumme unter 100 DM nicht mehr verfolgt werden, den falschen Weg beschritten. Jetzt will die SPD sogar „mittlere Kriminalität“ wie Betrug und Körperverletzung entkriminalisieren. Strafverfahren sollen eingestellt werden und Täter die Chance haben, straffrei davonzukommen. Das ist mit der CDU nicht zu machen. Der Staat kann nur dann Achtung vor dem Gesetz erreichen, wenn er Straftaten konsequent ahndet. Hierzu gehört auch, daß die Strafe der Tat auf dem Fuß folgen muß und kurze Freiheitsstrafen ausgesprochen werden können.

- **Importierte Kriminalität gezielt bekämpfen.**

1980 wurden in NRW 304.144 deutsche und 41.699 ausländische Tatverdächtige ermittelt; 1993 waren es 250.942 deutsche und 121.807 ausländische Tatverdächtige. Der Anteil der deutschen Tatverdächtigen ist seit 1980 somit um ein Sechstel zurückgegangen, während sich der Ausländeranteil im gleichen Zeitraum fast verdreifacht hat. Da sich die Kriminalitätsbelastung der „einheimischen“ ausländischen Bevölkerung nur unwesentlich von der der deutschen unterschei-

det, bedeutet dies, daß der Kriminalitätsanstieg im wesentlichen nicht hausgemacht ist, sondern mit dem Ausländerzuzug der letzten Jahre quasi importiert wurde.

Diese Entwicklung darf nicht länger ignoriert und tabuisiert werden, sondern muß Anlaß zur Entwicklung gezielter Strategien zur Eindämmung der Ausländerkriminalität sein. Hierzu gehört die Einstellung von Polizisten ausländischer Herkunft ebenso wie die konsequente Abschiebung derjenigen, die durch die Begehung von Straftaten das Gastrecht mißbrauchen.

– **Wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität ermöglichen.**

Der Polizei muß eine wirksame Bekämpfung der organisierten Kriminalität ermöglicht werden. Die zumeist von ausländischen Tätergruppen gesteuerte organisierte Kriminalität beherrscht mittlerweile nicht nur den Drogenhandel, den Menschenhandel und das klassische Rotlicht-Milieu, sondern dominiert auch zunehmend andere Kriminalitätsbereiche wie den Autodiebstahl, den Wohnungseinbruch oder den Taschendiebstahl. Ohne die Möglichkeit, organisierte Kriminelle in ihren Wohnungen abhören zu können, ohne die Möglichkeit des milieugerechten Einsatzes verdeckter Ermittler und ohne die notwendige technische und finanzielle Ausstattung stehen Polizei und Staatsanwaltschaft den straff organisierten Berufskriminellen

oft hilflos gegenüber. Hier müssen dringend die gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daneben sollte im Rahmen einer Beweislastumkehr beim sog. „erweiterten Verfall“ die Möglichkeit geschaffen werden, das Vermögen dieser Kriminellen ohne Beweisnot für den Staat einzuziehen zu können. Darüber hinaus sollten auch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder im Rahmen der Vorfeldbeobachtung an der Bekämpfung der organisierten Kriminalität beteiligt werden.

– **Kein Zurückweichen vor gewaltbereiten Chaoten, Randalierern und Extremisten.**

Der Mißbrauch des Demonstrationsrechts muß konsequent unterbunden werden. Das von SPD-Innenminister Schnoor befohlene Zurückweichen der Polizei und der Verzicht auf die Durchsetzung des Rechtsstaates gegenüber gewaltbereiten Demonstranten stößt in der Bevölkerung zu Recht auf völliges Unverständnis. Wir benötigen eine Polizeitaktik, die bei Demonstrationen den Schutz unbeteiligter Bürger gewährleistet, schon im Vorfeld konsequent für die Entfernung gewaltbereiter Demonstranten Sorge trägt und bei aus Demonstrationen heraus begangenen Provokationen oder Gewaltaktionen nicht zurückweicht. Randalierern, Chaoten und Extremisten jedweder Couleur muß klar sein, daß die nordrhein-westfälische Polizei bereit ist, Gesetzesübertretungen konsequent bereits im Keim zu ersticken.

7. Bildung verbessern

Das Problem:

In einer Welt, in der Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit von der Leistungsfähigkeit von Forschung, Wissenschaft und Technologie abhängen, muß die Zukunftsvorsorge ihren Schwerpunkt im nachwachsenden „Rohstoff Geist“, in der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen haben. Will Nordrhein-Westfalen an die Spitze der Wirtschaftsregionen in Europa kommen, muß ein hohes Qualitätsniveau in Bildung und Ausbildung gewährleistet sein. Eine zukunftsweisende Bildungspolitik, die den Kindern und Jugendlichen gerecht wird, muß sich an den Kriterien „Förderung zur Leistung“ und „Vielfalt im Schul- und Hochschulwesen“ orientieren. Für das nordrhein-westfälische Schulsystem hat das unabhängige Kienbaum-Gutachten eine „Grundsaniierung“ gefordert. Bis zum Jahre 2004 steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler in NRW um 400.000 auf etwa drei Millionen Schüler, was einen Bedarf von insgesamt 78.000 zusätzlichen Lehrern ausmachen würde. Diese besorgniserregende Entwicklung ist der Landesregierung seit Jahren bekannt. Doch außer größeren Klassenstärken und weiterem Unterrichtsausfall ist der Landesregierung noch nicht eingefallen, wie sie diese Anforderungen zu bewältigen gedenkt. Während die nordrhein-westfälischen Hochschulen überfüllt sind, eine angemessene Lehre in vielen Studiengängen kaum mehr stattfinden kann und sich die Einstellungs- und Berufs-

aussichten für Hochschulabsolventen permanent verschlechtern, klagt die Wirtschaft über mangelnden Nachwuchs an Facharbeitern. Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt klaffen so immer weiter auseinander. Diese Auseinanderentwicklung findet statt vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden europäischen Wettbewerbs der Regionen. Dies verlangt größere Mobilität und Wettbewerbsfähigkeit und stellt unser Bildungssystem vor zusätzliche Anforderungen. Differenzierte Bildungswege, verbesserte inhaltliche Qualität, durchlässige Bildungsebenen und die Beachtung des Leistungsgedankens sind Elemente einer notwendigen Reform des nordrhein-westfälischen Bildungswesens.

Unsere Lösung:

– **Kein Unterrichtsausfall.**

Im Interesse unserer Kinder dürfen möglichst keine Unterrichtsstunden mehr ausfallen. Lehrer-Neueinstellungen im Umfang des jährlichen Ersatzbedarfs für ausscheidende Lehrkräfte sind unabdingbar. Privilegien müssen abgebaut, Stellenmißbrauch muß bekämpft werden. Die Versorgung des Regelunterrichts muß Vorrang haben vor allen Sondermaßnahmen. Es muß das Prinzip gelten: „Unterrichten statt Verwalten“.

Die Gesamtschulen dürfen bei der Lehrerversorgung und Ausstattung nicht bessergestellt sein als Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Die Stellenreserve an den Grund- und Sonderschulen muß erhöht werden, da hier ein zusätzlicher Lehrerberuf besteht. Aus einem Fonds „Geld statt Stellen“ ist zur Sicherung des Unterrichts in NRW ein Bündel von differenzierten Arbeitsmodellen vorzusehen, ohne zusätzliche Planstellen einzurichten. Zum Beispiel Unterricht durch Pensionäre in Form eines gleitenden Ausstiegs oder nebenberuflicher bzw. ehrenamtlicher Unterricht durch beurlaubte Lehrkräfte oder Fachleute aus der Wirtschaft (Chemiker, Physiker, Mathematiker). Ein weiterer Weg ist die bezahlte freiwillige Mehrarbeit von aktiven Lehrkräften.

- **Keine neuen Gesamtschulen.**

Das Modell der Gesamtschule ist gescheitert. Auch dieser Schultyp muß die dem Alltag, dem Entwicklungsstand und den Fähigkeiten der Schüler angemessenen Leistungen verlangen. Die Gesamtschulen müssen ihre Leistungsprofile stärken, verbindliche Mindestanforderungen durchsetzen und in ihren Bildungszielen sowie in ihrer Personal- und Sachausstattung und in der Qualität ihrer Abschlüsse den Anforderungen des gegliederten Schulwesens entsprechen. Neue Gesamtschulen in NRW wird es mit der CDU nicht geben.

- **Begabte gezielt fördern.**

Die CDU wird die besonderen Fähigkeiten hochbegabter Schüler gezielt fördern, um unserem wichtigsten „Rohstoff Intelligenz“ optimale Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Nur wenn die Begabten befähigt werden, Überdurchschnittliches zu leisten, kann den Schwachen in unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Dasein gesichert werden. Leistung als Chance zur persönlichen Entfaltung ist ebenso Element der Solidargemeinschaft wie der Persönlichkeitsbildung.

- **Förderung behinderter Kinder sicherstellen.**

Für jedes einzelne behinderte Kind muß gemeinsam mit den Eltern geprüft werden, ob es an einer Regelschule oder an einer Sonderschule besser gefördert werden kann. Voraussetzung für das gemeinsame Lernen und Leben von behinderten und nichtbehinderten Schülern ist, daß das Land als Kostenträger eine ausreichende personelle Betreuung gewährleistet. Mit der CDU wird es eine Abschaffung der Sonderschulen in NRW nicht geben. Das sonderpädagogische Wissen bleibt unverzichtbar.

- **Zurück zum Klassenverband.**

Das Kurswahlssystem in der gymnasialen Oberstufe hat sich weder fachlich noch pädagogisch bewährt und sollte deshalb reformiert werden. Das Abwählen wichtiger Leistungsfächer wie Deutsch, Mathematik oder von Fremdsprachen darf nicht mehr möglich sein. Die Vergleichbarkeit der Abiturleistungen und -zeugnisse ist beim Kurswahlssystem zu gering. Der personelle

Aufwand für das Kurssystem der Oberstufe ist zu hoch. Die Rückkehr zum Klassenverband bewirkt nicht nur ein größeres soziales Lernen von Zusammenhalt und Solidarität einer Jahrgangsgeneration, sondern setzt auch Lehrerkapazitäten frei und verbessert die Allgemeinbildung durch Konzentration auf zentrale Unterrichtsinhalte, die für jeden Schüler an der Oberstufe verbindlich sind. Die allgemeine Hochschulreife sollte nach 12 Jahren ohne Niveauverlust erreicht werden.

- **Aufwertung des beruflichen Bildungswesens.**

Die CDU wird die berufliche Bildung aufwerten. Dazu gehört die bessere Ausstattung der beruflichen Schulen, der überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten sowie die Unterstützung der Ausbildungsanstrengungen der Betriebe. Die gleichwertige Förderung von beruflicher und allgemeiner Bildung trägt zur Aufwertung der beruflichen Bildung bei. Wir treten gemeinsam mit der Bundesregierung dafür ein, eine Gleichstellung der finanziellen Förderung der schulischen Bildung (Rechtsanspruch auf BAföG) und der beruflichen Bildung (Arbeitsförderungsgesetz) etwa beim Besuch von Meister- und Technikerschulen herbeizuführen. Auch im beruflichen Bildungswesen muß eine Förderung nach Leistung und Begabung erfolgen. Dazu gehört auch der Hochschulzugang über eine qualifizierte Berufsausbildung.

- **Hochschulreform in NRW.**

Die CDU wird die Autonomie der Hochschulen in NRW stärken. Dazu gehören das eigene Budget, das in Form eines Globalhaushaltes den Hochschulen mehr Selbstverantwortung und effizientere Steuerungsmöglichkeiten an die Hand gibt, dazu gehören auch Mitwirkungsrechte und -pflichten der Hochschulen bei der Auswahl und Förderung der Studienbewerber. Dazu gehören Leistungsanreize wie die von der CDU initiierten „Freischußregelungen“, die zu einer Verkürzung der Studienzeiten führen. Dazu gehört eine Intensivierung der forschungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft. Besonders die anwendungsorientierte Forschung und der Technologietransfer müssen effektiver gestaltet werden, damit die Brücken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft breiter werden. Wir brauchen eine schnellere Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Erfolg. Eine CDU-geführte Landesregierung wird u. a. die Neubesetzung von Lehrstühlen für eine Strukturreform nutzen, welche bei der Erstberufung von Hochschullehrern grundsätzlich keine Lebenszeitverbeamtung vorsieht. Die Effizienz des Einsatzes staatlicher Forschungsmittel muß gesteigert werden, und auch die Einwerbung von Drittmitteln sollte dahingehend unterstützt werden, daß die Mittel den Universitäten zur Eigenverwendung zur Verfügung stehen.

- **Entwicklung bedarfsgerechter Weiterbildungsangebote.**

Die Halbwertszeit des Wissens sinkt zusehends. Die Konsequenz aus den wachsenden Anforderungen

ist: wir müssen die Menschen motivieren und befähigen, sich mit immer wieder neuen Herausforderungen offensiv auseinanderzusetzen. Neben noch bessere Ausbildung muß lebenslanges Lernen treten. Zusätzliche Bildungsangebote sind deshalb zukunfts wichtig. Dabei muß über neue Wege nachgedacht werden, während der Lebensarbeitszeit systematisch die rasch

veraltende Wissensbasis über regelmäßige betriebliche und außerbetriebliche Fortbildungen oder über Weiterbildungsmöglichkeiten an den Fachschulen und Universitäten in der vorlesungsfreien Zeit aufzufrischen. Auch hier müssen wir uns veränderten technischen Möglichkeiten und veränderten internationalen Wettbewerbsbedingungen stellen.

8. Solidarität leben!

Das Problem:

In Nordrhein-Westfalen klaffen immer größere Lücken in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung sowie der sozialen Betreuung der Menschen. Das einst in der Sozialpolitik führende Bundesland Nordrhein-Westfalen hat seine Spitzenstellung eingebüßt. In vielen Bereichen der Sozial- und Gesundheitspolitik nimmt es heute im Vergleich zu anderen Bundesländern nur noch hintere Plätze ein. Das gilt sowohl für den Pflegebereich, bei der Versorgung behinderter Menschen, im Krankenhausbereich, in der Altenpolitik und für wichtige Überlebenshilfen für drogenkranke Menschen. Es fehlt in Nordrhein-Westfalen die Solidarität der Landesregierung mit den Menschen, die Hilfe brauchen, aber keine Lobby haben.

Unsere Lösung:

Die CDU wird die Solidarität wieder zum Grundpfeiler der Politik in Nordrhein-Westfalen machen. Konkret wollen wir die Hilfe des Staates auf die konzentrieren, die unserer Hilfe bedürfen. Die CDU will

– **Ausreichende Förderung der Krankenhäuser.**

Die SPD-Landesregierung hat in den letzten 20 Jahren den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen über 10 Milliarden DM vorenthalten. Das hat zu einem großen Substanzverlust der Krankenhäuser geführt. Wichtige Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen können nicht mehr von den Krankenhausträgern durchgeführt werden. Die CDU wird die Krankenhäuser wieder ausreichend fördern und ihnen auch für den Erhaltungsaufwand die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Wir werden Modelle fördern, um eine bessere Zusammenarbeit von Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, ambulanten Diensten und anderen Angeboten aus dem medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich zu erreichen. Wir werden nachhaltig die Geriatrie ausbauen.

– **Zurück zu einer Drogenpolitik, die Ja sagt zum Leben und Nein zur Droge.**

Drogen ruinieren die Gesundheit. Sie zersetzen gesellschaftliche und staatliche Strukturen. Sie zerstören die Zukunft unserer Kinder. Aufgabe des Landes ist es deshalb, die Bürger – und hier vor allen Dingen Kinder

und Jugendliche – vor dem Drogeneinstieg zu schützen und für die Süchtigen das Hilfsangebot für ein drogenfreies Leben zu verbessern. Notwendig ist eine intensive Zusammenarbeit von Sozial- und Gesundheitsdiensten und der Polizei. Die CDU wird den Ausbau von Therapie- und Nachsorgeplätzen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig fördern und die Drogenprävention verbessern. Wir lehnen die Legalisierung von weichen und harten Drogen ab und werden die von der Landesregierung erlassene umstrittene Drogenfreigabe sofort außer Kraft setzen. Drogendealer müssen konsequenter verfolgt und härter bestraft werden. Ausländische Drogendealer müssen sofort aus Deutschland ausgewiesen werden.

– **Die Selbständigkeit älterer Menschen fördern.**

Das Alter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Wir müssen die Rahmenbedingungen für ein aktives Leben im Alter verbessern und die Voraussetzung für Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ausweiten. Ein dichtes Netz von Treffpunkten und mobilen Diensten kann die Selbständigkeit und die Eigeninitiative alter Menschen fördern. Wir wollen das Modellprojekt „Seniorenbüros“ der Bundesregierung um ein eigenes Landesprogramm ergänzen. Gleichzeitig will die CDU das Miteinander von Jungen und Alten, das Verständnis und die Hilfsbereitschaft zwischen den Generationen fördern.

– **Sofortprogramm für die Altenpflege.**

In Nordrhein-Westfalen werden die meisten alten Menschen zu Hause betreut und gepflegt. Wir werden dafür sorgen, daß dies auch in Zukunft so bleibt und daß die Familien, die Menschen betreuen, entlastet werden. Dafür brauchen wir mehr Mitarbeiter bei den Sozialstationen. Denn NRW ist hier im Vergleich zu anderen Bundesländern mit einem Personalschlüssel von einer Pflegekraft auf 2.500 Einwohner immer noch das Schlußlicht: In Nordrhein-Westfalen fehlen rund 13.000 Tages- und Kurzzeitpflegeplätze. Darüber hinaus haben wir in Nordrhein-Westfalen auch einen Fehlbestand von rund 20.000 stationären Altenpflegeheimplätzen. Die CDU wird daher ein Sofortprogramm für den Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege in Nordrhein-Westfalen auflegen und in einem ersten Schritt den Personalschlüssel in den Sozialstationen von einer Pflegekraft auf 1.750 Einwohner verbessern. Gleichzeitig werden wir die Rehabilitationsangebote ausbauen.

- **Integration Behinderter stärken.**

Die CDU setzt sich für die gleichberechtigte Beteiligung aller Behinderten am gesellschaftlichen Leben ein. Wir wollen deshalb Mobilitätsbarrieren abbauen und die Integration Behinderter intensivieren. Dabei muß das Land auch als Arbeitgeber endlich eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir werden die Frühförderung behinderter Kinder in Nordrhein-Westfalen verbessern und die familienentlastenden Dienste zu einem landesweiten Netz ausbauen, das Unterstützung bei Pflege, Betreuung und Versorgung der behinderten Angehörigen leistet.

- **Erneuerung der Psychiatrieangebote.**

Noch immer müssen viele psychisch kranke Menschen in Nordrhein-Westfalen in den großen Landeskrankenhäusern leben, weil es an kleinen ortsnahen Einrichtungen, Wohngruppen und Angeboten des betreuten Wohnens fehlt. Die CDU wird sich für einen bedarfsgerechten Ausbau dieser Angebote einsetzen, um die Umsetzung des Konzeptes der gemeindenahen Psychiatrie voranzubringen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Unterbringung psychisch kranker Straftäter im Maßregelvollzug. Der Maßregelvollzug ist gekennzeichnet von langen Wartelisten, überbelegten Einrichtungen und zunehmenden Sicherheitsrisiken für Personal und Bevölkerung. Die CDU wird dafür sorgen, daß das Land seiner Verantwortung für den Maßregelvollzug wieder gerecht wird.

- **Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe.**

Die CDU will das ehrenamtliche Engagement stärker ideell und finanziell durch eine bessere Unterstützung

der Selbsthilfeeinrichtungen, die Erweiterung der Aufwandspauschale sowie durch genossenschaftliche oder vereinsbezogene Regelungen fördern. Letzteres bedeutet, daß diejenigen, die über Jahre Betreuungs- und Pflegeleistungen erbracht haben, auch ihrerseits auf gesicherte Hilfe im Krankheits- und Pflegefall rechnen können. Wir werden dazu ein Landesprogramm Selbsthilfe und Ehrenamt auflegen und ein Gutscheinsystem „Sozialarbeit“ erproben, das den Hilfeleistenden später über die durch Sozialversicherungsbeiträge begründeten Rechtsansprüche hinaus selbst Anspruch auf Unterstützung gewährleistet. Außerdem werden wir ein eigenständiges Landesprogramm zur Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“ einführen.

- **Aussiedler voll integrieren.**

Die CDU steht solidarisch auf der Seite der deutschen Vertriebenen und Aussiedler. Sie sind uns willkommenen Mitbürger, die einen wichtigen Beitrag für die Zukunft unseres Landes leisten. Ihre Interessen und Rechte werden auch künftig von der CDU vertreten. Ihre Kultur muß erhalten und weiterentwickelt werden. Für die Eingliederung der rußlanddeutschen Aussiedler sind verstärkte Anstrengungen nötig.

- **Internationale Solidarität üben.**

Solidarität mit unterentwickelten und armen Ländern ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern liegt im ureigensten Interesse unseres Landes. Nur wenn wir direkt vor Ort helfen, können wir die Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlingsströme vermeiden. Das Land Nordrhein-Westfalen muß deshalb seine Anstrengungen verstärken und wirkungsvoll bündeln.

9. Familie unterstützen!

Das Problem:

Die Menschen wollen in Geborgenheit leben, in verlässlichen Beziehungen, in einer Familie mit Kindern. Menschen brauchen Menschen, auf die sie sich in guten und in schlechten Zeiten verlassen können. Kinder brauchen ihre Eltern, und alte Menschen brauchen Familie und Nachbarschaft, für die sie sich engagieren, von denen sie aber auch getragen werden. Weder der Staat noch andere gesellschaftliche Lebensformen können Ehe und Familie als beständigste Formen menschlichen Zusammenlebens ersetzen. Ehe und Familie stehen deshalb auch unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes und der Landesverfassung. An der Frage, was wir für Kinder, was wir für Familien tun, entscheidet sich letztlich, ob die Gesellschaft, in der wir leben, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in menschlicher Hinsicht eine erfolgreiche Gesellschaft ist. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine Politik für eine kinder-, alten- und familienfreundliche Gesellschaft, die die Entscheidung für die Familie erleich-

tert, die Familie unterstützt und die Generationen partnerschaftlich verbindet.

Gemessen daran wird in Nordrhein-Westfalen die Familien-, Jugend- und Altenpolitik von der SPD-Landesregierung in sträflicher Weise vernachlässigt. In NRW sind in den letzten zehn Jahren ergänzende Familienhilfeleistungen wie Kinder-, Jugend- und Familienerholung, Ehe-, Familien- und Erziehungsberatung, Familienbildung, Pflegekinderdienst, Adoptionsvermittlungsstelle und sozialpädagogische Familienhilfen gekürzt oder ganz gestrichen worden. Zudem fehlt es in NRW immer noch an einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsangeboten.

Unsere Lösung:

Die CDU wird bei ihren Fördermaßnahmen das Subsidiaritätsprinzip verstärkt berücksichtigen. Kirchliche und freigemeinnützige wie auch private Träger werden die volle Unterstützung der CDU erhalten.

- Einführung eines Landeserziehungsgeldes.

Um jungen Eltern, die kein hohes Einkommen haben, die erste Zeit nach der Geburt zu erleichtern und die Erziehung ihres Kindes zu ermöglichen, will die CDU die Zahlung eines einkommensabhängigen Landeserziehungsgeldes für ein halbes Jahr im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld einführen. Ein Landeserziehungsgeld wird den Eltern in Bayern, Berlin, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen gezahlt. Den Eltern in Nordrhein-Westfalen wird dies bis heute vorenthalten.

- Kinderbetreuungsangebote schaffen.

Der Bedarf an Kindergartenplätzen ist landesweit erst zu knapp 75 Prozent gedeckt. Ende 1995 wird die Versorgungsquote in Nordrhein-Westfalen 84 Prozent betragen. Andere Länder wie Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg oder die fünf neuen Bundesländer können bereits heute den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz umsetzen, da sie in der Vergangenheit schon genügend Plätze geschaffen haben. Notwendig ist daher der weitere Bau von Kindergartenplätzen, um den gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz auch in NRW zu sichern. Ergänzend dazu setzt sich die CDU für die gesetzliche Absicherung der Tagespflege ein. Für Kinder, die keinen Betreuungsplatz im Rahmen der traditionellen Angebote erhalten, sind neue Wege zu beschreiten wie die gezielte Nachmittagsbetreuung im Kindergarten, der Aufbau eines „Netztes für Kinder“, bei dem Eltern stärker als bisher in die Kinderbetreuung miteinbezogen werden, wie dies z. B. in Bayern erfolgreich praktiziert wird.

- Ausbau der Ganztagsbetreuung.

Nur zwei Prozent der Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren steht in Nordrhein-Westfalen ein Hortplatz zur Verfügung. Für ca. 15 Prozent dieser Altersstufe sind Plätze erforderlich. Wir werden uns daher für den bedarfsgerechten Ausbau an Hortplätzen einsetzen. Darüber

hinaus wird die CDU in engem Zusammenwirken mit Schule und freier Jugendhilfe Möglichkeiten der Ganztagsbetreuung von Kindern im Schulalter schaffen.

- Jugendpolitik weiterentwickeln.

Die Landesregierung hat durch Kürzungen der Landesjugendplanmittel, die von 1992 bis 1994 allein um 50 Millionen DM gekürzt worden sind, die Träger der freien und öffentlichen Jugendarbeit in eine schwierige Lage gebracht. Die dringend notwendige gesetzliche Absicherung der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen steht immer noch aus. Die CDU will daher die Jugendarbeit durch ein drittes Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz gesetzlich absichern und den Landesjugendplan inhaltlich weiterentwickeln. Die Förderung der Jugendarbeit durch Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen und Organisationen muß dabei Vorrang erhalten.

- Familienpolitik bündeln.

Die CDU beabsichtigt, ähnlich dem Landesjugendplan und dem Landesaltenplan einen Landesfamilienplan zu erarbeiten, der u. a. die Sicherung und den bedarfsgerechten Ausbau der Familienberatung, -bildung und -erholung gewährleistet. Wir werden ein Gesamtkonzept der Familienförderung und eine konkrete Bedarfsplanung für ein differenziertes, flächendeckendes und engmaschiges Förder-, Hilfs- und Unterstützungssystem für Familien in NRW vorlegen und somit auch einen Beitrag zur Zusammenfassung und Systematisierung der familienpolitischen Maßnahmen leisten. Weiterhin setzen wir uns für eine Bündelung der unterschiedlichen Zuständigkeiten z.B. bei der Beantragung des Kindergeldes, des Erziehungsgeldes und sonstigen staatlicher Hilfen in einer Ansprech- und Anlaufstelle für Familien ein sowie für eine Vereinheitlichung von Einkommensgrenzen bei staatlichen Leistungsgesetzen, die von Familien in Anspruch genommen werden.

10. Frauen Chancen bieten!

Das Problem:

Obwohl sich die SPD-geführte Landesregierung den bürokratischen Luxus eines eigenen Frauenministeriums leistet, sind die Defizite in der Verwirklichung der vom Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Mann und Frau in NRW beträchtlich: Bei der Entlohnung der Erwerbsarbeit, beim beruflichen Aufstieg, in der Altersvorsorge, bei der Teilhabe an Einfluß und Macht in Vereinen, Verbänden und Politik sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache. So sind in Nordrhein-Westfalen nur 6,1% der Professoren weiblichen Geschlechts. An nordrhein-westfälischen Gymnasien sind nur 13,1% der Schulleitungen mit Frauen besetzt. Der Anteil von Frauen an Führungspositionen in der Wirtschaft liegt sogar unter 5%.

Unsere Lösung:

Gleiche Rechte verwirklichen heißt gleiche Chancen bieten. Es heißt auch, partnerschaftlich denken lernen. Nur so kann das Bewußtsein für die Benachteiligungen in unserer Gesellschaft gestärkt werden, können erfolgreiche Ausgleichskonzepte und Zukunftsperspektiven entwickelt werden. Solche sind:

- Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

Hier hat der Öffentliche Dienst eine wichtige Vorreiterfunktion. Es sind neue Arbeitszeitmodelle auch in

Führungspositionen zu testen und durch Frauenförderpläne die bessere Teilhabe von Frauen bei Einstellungen und Beförderungen sicherzustellen. Mit Ausnahme des Ausbaus von Kindergartenplätzen hat die Landesregierung die Chance verpaßt, verbesserte Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen. Für unter 3jährige Kinder ist das Angebot an Krippenplätzen zurückgegangen. Der Ausbau von Hortplätzen für Schulkinder stagniert. Eine geregelte Grundschule ist weiterhin die Ausnahme – im Gegenteil, hier stehen die Mütter durch ausfallenden Unterricht vor unüberbrückbaren Organisationsproblemen. Das Instrument Tagesbetreuung als preiswertes, flexibles Angebot ist von der Landesregierung trotz Auftrag des Landtags nicht ausgestaltet worden.

– **Den Wiedereinstieg in das Berufsleben nach der Familienphase erleichtern.**

Dazu ist ein Förderungsinstrumentarium zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen notwendig, das neben der Weiterbildung Kinderbetreuungs- und Teilzeitangebote berücksichtigt. Außerdem sollte der Kontakt zum Beruf während der Erziehungsarbeit nicht abbrechen.

– **Die Entscheidung für ein Kind erleichtern.**

Dazu müssen eine Landesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“ gegründet sowie das Angebot an Beratungsstellen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Um auch der alleinstehenden Frau

die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern, ist überdies die räumliche und infrastrukturelle Verbesserung ihrer Wohnbedingungen erforderlich. In Nordrhein-Westfalen leben mittlerweile über 200.000 alleinerziehende Frauen. Um dem Problem einer ungewollten Schwangerschaft präventiv zu begegnen, muß die Sexualerziehung in den Schulen weiterentwickelt werden.

– **Gewalthandlungen gegen Frauen entgegenreten.**

Die Arbeit der Frauenhäuser und Anlaufstellen für Frauen und Kinder, die von Gewalt bedroht sind, muß sichergestellt werden. Die Infrastruktur der Städte und des Öffentlichen Personennahverkehrs sind so zu gestalten, daß Frauen die Angebote ohne Angst wahrnehmen können.

– **Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe begreifen.**

Frauenpolitik bedarf der verstärkten Vernetzung mit anderen Themenbereichen wie etwa Kinder, Jugend, Familie, Arbeit, Gesundheit, Soziales, Weiterbildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Eine umfängliche Frauenpolitik zu betreiben heißt, nicht nur Frauen zu machen, sondern gerade auch *mit* Frauen zu entwickeln. Frauen sollen in der CDU entsprechend ihrem Mitgliederanteil an Ämtern und Mandaten beteiligt werden. In der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion ist der Frauenanteil jetzt schon größer als bei der SPD, Frauen versehen hier wichtige Sprecherfunktionen.

11. Werte erneuern!

Das Problem:

Die Gewaltbereitschaft nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern in unserer Gesamtgesellschaft steigt. Der Respekt vor dem Leben und dem Eigentum anderer Menschen schwindet. Gerade die Entwertung der körperlichen Unversehrtheit trägt eine Mitschuld an der Eskalation der Gewalt. Werte wie Rücksichtnahme, Solidarität, Bescheidenheit und Eintreten für andere sind in der Werteskala abgefallen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Eine Ursache für die steigende Gewaltbereitschaft liegt in den vielen Gewaltdarstellungen im Fernsehen, die von Kindern und Jugendlichen nachgespielt werden, weil sie zwischen Film und Wirklichkeit nicht mehr unterscheiden können. Wissenschaftler sprechen von „Erziehungswaisen“, die aus den unterschiedlichsten Gründen Erziehungsdefizite haben und denen es an Liebe und Zuwendung mangelt. Kinder lernen nicht mehr, wie man miteinander umgeht, wie man Konflikte austrägt, wie man Gemeinschaftsleben lernt. Sie erhalten kaum Rückmeldungen, Korrekturen oder Bestätigungen ihres Handelns und Verhaltens. Falsche Erziehungsideale wie absolute Selbstverwirklichung, Leistungsfeindlichkeit und aggressive Durchsetzung eigener Positionen haben zu sinkenden Gewalt-

Hemmschwellen und steigender Rücksichtslosigkeit geführt. Verantwortlich sind wir alle, Eltern, Politiker, Erzieher, Fernsehmacher und andere, die diese Entwicklung ermöglicht und hingenommen haben.

Unsere Lösung:

Die soziale Verwahrlosung vieler Kinder und Jugendlicher ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft. Das müssen wir ändern.

– **Wir müssen eine moralische Wende herbeiführen.**

Wir müssen Werte erneuern und der Erziehung in Familie, in Kindergarten, Schule und auch an den Universitäten klare Wertziele vorgeben. Wir müssen zu einer Werte-Sicherheit zurückfinden. Wir alle stehen in der Verantwortung, Kindern und Jugendlichen klare Wert-Perspektiven zu vermitteln und Eltern, Kindern und Pädagogen eine Handlungssicherheit zu geben, an denen sie ihr Verhalten und ihr Benehmen gegenüber Mitmenschen ausrichten können.

- **Wir müssen die Achtung vor Staat und Gesetz wiederherstellen.**

Wir brauchen keinen autoritären Staat, aber wir brauchen die Autorität des Staates! Und das bedeutet auch, daß der Polizist, der den Kopf hinhält für die Durchsetzung von Ordnung und öffentlicher Sicherheit, nicht im öffentlichen Meinungsbild als ein Stück „Schlachtvieh“ behandelt wird, sondern wir schulden der Polizei, die eine äußerst mühselige und gefährliche Arbeit leistet, unsere volle Solidarität. Es darf nicht Gegenstand von einigen Politikern, Journalisten oder Sozialpädagogen sein, Kriminalität zu verharmlosen oder einer Mißachtung unserer Rechtsordnung das Wort zu reden. Aggressionen und die Ablehnung unserer gesellschaftlichen Werte beginnen im Kopf. Daher müssen wir mit der Durchsetzung einer werteorientierten Erziehung endlich anfangen.

- **Werte der Landesverfassung leben.**

Die in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen übereinstimmend anerkannten Werte, Tugenden und Ziele wie

**Ehrfurcht vor Gott und Achtung vor der Würde
jedes einzelnen Menschen,
Bereitschaft zum sozialen Handeln,
Menschlichkeit und Gemeinsinn,
Toleranz und Achtung vor der Überzeugung des
anderen,
Verantwortlichkeit für die Erhaltung
der natürlichen Lebensgrundlagen,
Vaterlandsliebe, Weltoffenheit und
Friedensgesinnung**

müssen in persönlichen Vorbildern zum Ausdruck kommen und grundlegende Erziehungsziele für den Alltag in Familie, Schule, Kindergarten und Universität sein. Sie schließen die Entwicklung und Förderung von Arbeitstugenden wie Zuverlässigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Disziplin und Sorgfalt mit ein. Diese grundlegenden Erziehungsziele müssen die Lehrpläne, die Medien und das öffentliche Leben wieder durchdringen.

- **Kinder vor Gewalt im Fernsehen schützen.**

Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz, damit sie nicht mit übersteigerten Formen von Gewalt und Sexualität im Fernsehen konfrontiert werden. Die CDU fordert die Landesmedienanstalten auf, die Programmkontrolle durch enge Kooperation untereinander auszubauen und durch eine Selbstkontrolle aller Fernsehveranstalter zu ergänzen, welche die Filme und Serien unter Jugendschutzgesichtspunkten prüft und auf die Einschränkung von Gewaltdarstellungen im Fernsehen dringt. Auch die Medien tragen dafür Verantwortung, daß die Grundwerte unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung – Menschenwürde, Toleranz und Gerechtigkeit – als Werte vermittelt werden, die für das Zusammenleben wichtig sind. Die CDU wird dafür Sorge tragen, daß Kinder und Jugendliche zu einem verantwortlichen Umgang mit den Massenmedien erzogen werden.

- **Werteorientierung durch kulturelle Verankerung.**

Kulturelle Erziehung und kulturelles Engagement schaffen eine heimatliche Verankerung und werden in einer Welt nachlassender Sozialbindungen zu einem immer wichtigeren Sozialkitt, der unser gesellschaftliches Gefüge mit zusammenhält. Deshalb tritt die CDU im breitenkulturellen Bereich für die Pflege traditioneller Kunst- und Kulturformen ein und ist offen für innovative Entwicklungen. Kultur beginnt für die CDU nicht erst am Operneingang oder an der Museumspforte. Kultur ist auch Tradition, Vereinsleben und Brauchtumspflege. Eine so verstandene Kultur kann – zumal in Zeiten, in denen die Menschen nach Orten suchen, wo sie zu sich selbst und zu anderen finden – Halt und Orientierung bieten. Heimat und Herkunft sind die Koordinaten unserer Existenz. Deshalb muß vor allen Dingen die Politik der kleineren Einheit dafür sorgen, daß kulturelle Vielfalt und unser heimatlich-kulturelles Erbe vor Ort, vom Schützenfest über den Gesangsverein bis zur Musikschule, zum Theater und zur Ausstellung im städtischen Kunstverein, bewahrt und gepflegt werden. Zum Beispiel ist gerade der Sportverein ein Ort, der Kinder und Jugendlichen Halt gibt und Werte wie Fairneß, Teamgeist und Achtung vor der eigenen und der Leistung des anderen vermittelt.

12. Umwelt erhalten!

Das Problem:

Luft, Wasser und Boden sind unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Sie müssen auch für nachfolgende Generationen umweltschonend genutzt und vor schädlichen Einwirkungen durch Emissionen und Abfälle geschützt werden. Die CDU hat mit ihrer engagierten Umweltpolitik auf Bundesebene seit 1982 mit hohen Umweltstandards europa- und weltweit eine Spitzenstellung erreicht. In einem weiteren Schritt müssen jetzt diese hohen Umweltstandards in allen Staaten der EU, vor allem auf der Vollzugsebene, harmonisiert und konsequent umgesetzt werden. Dies gilt auch für das Land NRW, wo erhebliche Voll-

zugsdefizite, vor allem im Abfallsektor, zu fortgesetzten Umweltbelastungen führen. Darüber hinaus muß die praktische Umweltpolitik in NRW so gestaltet werden, daß sie für Bürger und Wirtschaft bezahlbar bleibt.

Unsere Lösung:

- **Kreislaufwirtschaft in NRW ausbauen.**

Durch eine konsequente Kreislaufwirtschaft in NRW auf Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes müssen knapper werdende Rohstoffe und Energiequellen bes-

ser genutzt und zukünftige Umweltbelastungen reduziert werden. Veraltete Produktionsverfahren müssen durch umweltschonende Verfahren und Produkte ersetzt werden. Die Verwertung von Sekundärrohstoffen muß verstärkt werden.

– **Umweltschonender Energiemix notwendig.**

Wir werden ein ökologisch verträglicheres Energiekonzept für NRW schaffen. Nachwachsende Rohstoffe, regenerative und umweltschonende Energien, wie Wind, Wasser und Sonne, müssen durch neue anreizschaffende Rahmenbedingungen verstärkt eingesetzt werden.

– **Biotop-Verbundsystem ausbauen.**

Wir werden das Biotop-Verbundsystem in NRW ausbauen, um die biologische Leistungsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes zu stärken. Diese ökologischen Bausteine sind die Lebensgrundlage für unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt.

– **Umweltnormen effizient und transparent gestalten.**

Wir werden neue Umweltnormen im Hinblick auf die Ökobilanz sowie deren Kosten und Nutzen prüfen. Dazu gehört die Durchforstung der ca. 2.000 nordrhein-westfälischen Umweltnormen sowie der technischen Regelwerke. Ein umfassendes „Umwelthandbuch NRW“ soll alle in NRW gültigen Umweltnormen durchschaubar, verständlich und praxisgerecht für Bürger und Wirtschaft darstellen.

– **Abfall- und Abwassergebühren in NRW senken.**

Die Abwasser- und Abfallgebühren haben in manchen Regionen unseres Landes bereits eine unerträgliche Höhe erreicht. Der Umweltschutz darf nicht zu einer finanziellen Überforderung der Bürger führen. Hierfür wird die CDU Sorge tragen.

– **Umweltkriminalität wirksam abbauen.**

Wir fordern den Abbau der wachsenden Umweltkriminalität durch weitere Strafverschärfung bei Umweltdelikten. Der Auf- und Ausbau einer Umweltpolizei soll den Vollzug kostenneutral verbessern.

– **Umweltinformation für den Bürger verbessern.**

Wir werden Umweltinformation und Umweltbildung in NRW verbessern. Umweltpolitik soll als Unterrichts-

fach bei allgemeinen und berufsbildenden Schulen angeboten werden. Stärkere Kooperation und Information zwischen Bürgern und Behörden kann Vertrauen schaffen und Berührungsängste abbauen.

– **Einrichtung eines Freiwilligen ökologischen Jahres in NRW.**

In Nordrhein-Westfalen muß endlich das „Freiwillige ökologische Jahr“ eingeführt werden, das jungen Menschen die Möglichkeit zum ehrenamtlichen Engagement für unsere Umwelt bietet. Das Bedürfnis junger Menschen, sich für die Umwelt zu engagieren, ist vorhanden: in Bundesländern, wo die Möglichkeit zur Absolvierung eines Freiwilligen ökologischen Jahres schon besteht, ist der Andrang zweimal so groß wie Plätze bereitstehen.

– **Umweltschutz und Landwirtschaft.**

Naturschutz und Landwirtschaft schließen sich nicht aus. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe prägen den ländlichen Raum, in dem die Hälfte aller Einwohner Nordrhein-Westfalens lebt und arbeitet. Leistungen der Landwirte zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft müssen im Rahmen des finanziell Möglichen nach dem Prinzip Ausgleich für Leistung honoriert werden. Dieser Kulturlandschaftsausgleich bringt zugleich eine marktentlastende Wirkung durch die Extensivierung der Agrarproduktion mit sich. Zum Erhalt einer über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft ist der Beitrag der bäuerlich strukturierten Landwirtschaft unerlässlich.

– **Umweltschutz als Standortfaktor.**

Auch die Wirtschaft begreift zunehmend: eine natürliche Umwelt ist nicht nur Grundlage allen Lebens, sondern auch die Grundlage allen Wirtschaftens. Wirksamer Umweltschutz erhält die Produktionsmöglichkeiten für die Zukunft und sichert damit wesentliche Grundlagen für die Prosperität von Wirtschaft und Gesellschaft. Um zu einem gesamtwirtschaftlich effizienten Einsatz des Standortfaktors Umwelt zu kommen, müssen die Kosten der Umwelt-Inanspruchnahme in die einzelwirtschaftliche Kalkulation einfließen. Die Preise müssen die umweltseitigen Knappheiten widerspiegeln. Dadurch werden die stärksten Anreize geschaffen, mit dem knappen Gut Umwelt sparsam umzugehen. Wo die Umweltnutzung ihren Preis hat, liegt es im eigenen Interesse aller Produzenten und Konsumenten, umweltschädliches Wirtschaften gegen die damit verbundenen Kosten abzuwägen. Politik für die Umwelt darf nicht an Partei- oder Ländergrenzen stehenbleiben!